DEMOKRATISCHE MITTE

FÜR EINE GRUNDLEGENDE HOCHSCHUL-REFORM MIT DEMOKRATISCHEN MITTELN

Programmschwerpunkte

In den folgenden Punkten legt die DM schwerpunktartig ihr Programm dar, das sie in einem von ihr geführten ASTA verfolgen würde. Hierbei wurde auf aushohlende Analysen und Begründungen, die zu den einzelnen Programmpunkten führten, verzichtet, um dem Wähler so kurz wie möglich mit den praktischen Vorstellungen unserer Politik bekannt zu machen.

Bitte, sprechen Sie unsere Kandidaten auf einzelne Punkte an, zu denen Sie nähere Auskünfte wünschen. Sie können dies auch telefonisch tun:

Tel. 39382 Freiburg (Montag bis Donnerstag 15 - 18 Uhr)

I. Stud. Selbstverwaltung

1. Der StR ist die gemeinsame Diskussions- und Arbeitsplattform der studentischen Gruppen an der Universität.
2. Der ASTA-Vorsitzende und seine Referenten sind durch Wahl und Bestätigung im StR diesem für ihre Politik verantwortlich.
3. Um eine verstärkte und effektivere Kontrolle des ASTA durch den StR zu ermöglichen, muß dieser Ausschüsse einrichten, die den einzelnen ASTA-Referaten entsprechen.
4. Da konstruktive Arbeit in den einzelnen Referaten nur von wirklichen Fachleuten des jeweiligen Gebietes geleistet werden kann - der ASTA-Vorsitzende über ein solches Fachwissen in allen Referaten aber unmöglich verfügt - ist sein Einfluß auf das jeweilige Referat eine Art Richtlinienkompetenz. (Ausführliches über die Struktur des ASTA nach den Vorstellungen der DM entnehmen Sie bitte dem am Montag, dem 10. 11. erscheinenden Großflugblatt Nr. II)
5. Die studentischen Vertreter in den Universitätsgremien sind in einem Fachbereichsrat zusammenzufassen. Hier finden die Abstimmungen über das Vorgehen in den einzelnen Fachbereichen und den verschiedenen Universitätsebenen statt, sowie der Informationsaustausch zwischen den Vertretern.
6. Der Fachbereichsreferent des ASTA stellt die unmittelbare Verbindung her zwischen Fachbereichsrat und ASTA. Er muß, ebenso wie der ASTA-Vorsitzende, Zugang zu allen Universitätsgremien haben.
7. Eine Verflechtung von StR und Fachbereichsrat, wie sie anderen Gruppen vor-

schwebt, lehnt die DM ab. Der StR darf nicht wieder zum Interessenverband einzelner Fachbereiche werden, wie es bei dem soeben abgeschafften Fakultätslisten-Wahlrecht der Fall war. Der Fachbereichsrat muß freibleiben von Einzelinteressen der verschiedenen Hochschulgruppen, um sich auf die rein fachliche Arbeit konzentrieren zu können.

II. Universitätsgremien

1. Hauptaufgabe künftiger ASTA-Politik muß die Änderung der GO in den Punkten sein, die auf den berechtigten Widerstand der Studentenschaft stoßen (Beteiligungsfragen, Abschaffung des Ordinarienprinzips, Öffentlichkeit, Autonomie, Abschaffung der privaten Auftragsforschung etc.).

2. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, muß studentische Politik die wenigen Möglichkeiten, die die neue GO bietet, wahrnehmen, d.h. konstruktiv in d e n Universitätsgremien Einfluß zu nehmen, in denen dies möglich ist.

3. Schwerpunkt unserer Bemühungen muß die Erreichung eines ausreichenden Mitspracherechts der Studenten auf Institutsebenen sein. Die Studenten müssen in ihrem speziellen Fachbereich, in dem sie entscheidend mitarbeiten auch mitbestimmen.

4. Die Beteiligung der Studenten auf Fachbereichsebene (Fachbereichskonferenz) ist unzureichend. Dennoch ist die DM für die Mitarbeit in diesem Gremien, wenn seitens der Professoren das Prinzip der Diskussion statt der Überstimmung akzeptiert wird. Die Teilnahme an der Fachbereichskonferenz ist wichtig, weil:
   - nur so die notwendigen Informationen aus dem Fachbereich zu den Studenten gelangen,
   - nur durch die ständige Konfrontation mit den Argumenten und berechtigten Forderungen der Studenten die Professoren erkennen können, daß diese Forderungen berechtigt sind.

5. Trotz des untragbaren Verhältnisses von etwa 1:10 im Senat müssen die Studenten in diesem Gremium vertreten sein; denn hier werden fast alle wichtigen Entscheidungen über universitätsinterne Maßnahmen gefällt. Allein die Information über diese Vorgänge ist für die praxisbezogene Planung studentischer Politik unbedingt notwendig.

6. Den Nachteilen einer Legitimation des Großen Senats durch die Teilnahme von Studenten als Repräsentativgremium der Gesamtuniversität stehen keine Vorteile gegenüber:
   - Die Information wird in diesem Gremium nicht erst durch die Teilnahme von Studenten gewährleistet. Der Senat tagt ohnehin öffentlich.
   - Das Gremium gestattet mit mehr als 120 Mitgliedern keine fruchtbare und sachbezogene Diskussion.
   - Entscheidungen (bis auf die Wahl des Rektors) werden im Großen Senat kaum gefällt. Bei der Wahl des Rektors aber ist das Stimmengewicht der Studentenvertreter für eine Beeinflussung des Ergebnisses zu gering. Stud. Beteiligung bei dieser Wahl würde nur eine Scheinlegitimation des Rektors darstellen und die wahren Verhältnisse an der Universität verschleiern.

III. Studienreform

1. Die einzelnen Studiengänge sind auf ihre Inhalte und Wesensmerkmale hin zu untersuchen.
2. Dazu bedarf es des Rückgriffs auf die Historie (geschichtliche Zusammenhänge sind aufzuzeigen).
3. Die Bedeutung der Lehrinhalte im Rahmen unserer bestehenden politischen und gesellschaftlichen Struktur ist klarzulegen.

4. Wir müssen eine Analyse der bestehenden Berufe in Bezug auf ihre gesellschaftliche Relevanz und Funktion durchführen.

5. Hierbei muß besonders der Zusammenhang zwischen der Universitätsausbildung und der späteren beruflichen Realität hergestellt werden.

6. Die praktische Ausbildung während des Studiums muß entscheidend erweitert werden; der Student muß die Realitäten und politischen Zusammenhänge in Bezug auf seinen Beruf rechtzeitig erkennen.

7. Die Wissenschaft selbst muß sich ständig in Frage stellen und überprüfen, d.h. im Sinne der Wissenschaftsdidaktik ist eine permanente Kontrolle der inhaltlichen Gestaltung notwendig.

8. Aufgrund dieser Analysen sind die neuen Lehrpläne zu erstellen, die die Ergebnisse dieser Überprüfung enthalten müssen.

9. Zur praktischen Durchführung bedarf es der Arbeit in kleinen Gruppen, die Diskussionen ermöglichen und in denen der Student nicht in einer passiven Rolle verharren muß.

10. Besondere Berücksichtigung müssen hierbei die gruppen-dynamischen Modelle finden (Idealverhältnis 1:10). Das würde für den Augenblick ein Mehr an Lehrkräften erfordern, für den Studenten jedoch ein gründlicheres und dennoch schnelleres Studium ermöglichen.

IV. vds

1. Die Studentenschaft der BRD braucht eine Dachorganisation als funktionierende Interessenvertretung auf Bundesebene.

2. Der jetzige vds - Vorstand, der identisch ist mit dem SDS, kann diese Aufgabe für die Gesamtstudentenschaft nicht wahrnehmen, weil er den Pluralismus, d. h. die Konkurrenz verschiedener Auffassungen innerhalb des Verbandes ablehnt.

3. Auf der im November stattfindenden a. o. MV des vds wird ein ASTA der DM zum letzten Male versuchen, den vds wieder zum Vertreter der Gesamtstudentenschaft zu machen. Zu diesem Versuch sind wir gezwungen, da die Mitgliedsbeiträge für dieses Semester bereits fällig sind, ob wir austreten oder nicht. Um diese Gelder nicht völlig umsonst zu veräußern, sollte man diese letzte Chance wahrnehmen. Schlägt der Versuch fehl, so werden wir aus dem vds austreten.

4. Daraufhin muß der ASTA die Verbindung zur gemäßigten Gegenorganisation des vds ausbauen, um den Versuch, einen neuen Dachverband der deutschen Studentenschaft aufzubauen, zu unterstützen.

5. Ein sofortiger Eintritt in den ADS wird aber abgelehnt. Das Risiko eines Scheiterns dieses Verbandes ist zu groß, als daß es die finanziellen Aufwendungen Freiburgs (an Mitgliedsbeiträgen) rechtfertigen würde.

6. Der Eintritt in den ADS sollte erst dann erfolgen, wenn sich dieser Verband als Nachfolger des bisherigen vds soweit etabliert und gefestigt hat, daß er wirklich in der Lage ist, die Funktion einer schlagkräftigen Interessenvertretung des Studenten auf Bundesebene auszufüllen.

V. Soziales

● SKV

1. Die SKV kann ihrer Struktur nach die Studentenschaft im Krankheitsfall mit den gegenwärtigen Beiträgen auf die Dauer nicht hinreichend schützen. Die nächste Beitragserhöhung wäre spätestens im WS 70/71 fällig.

2. Die heutige Beitragshöhe jedoch bedeutet für viele Studenten bereits jetzt eine untragbare finanzielle Belastung.

3. Jede Teiländerung der SKV würde die Mängel nicht aufheben, sondern höchstens aufschieben.

4. Die DM strebt daher eine grundlegende Änderung an:
   - Alle Studenten werden während ihres Studiums automatisch einer gesetzlichen Krankenversicherung zugeführt.
   - Als Gruppe ohne eigenes Erwerbseinkommen kann der Studentenschaft eine Beitragszahlung nicht auferlegt werden.
   - Die Kosten müßten vom Staat (bzw. von jeweiligen Land) im Rahmen des Ausbildungsförderungsgesetzes übernommen werden.

5. Eine solche Regelung ist nur bundeseinheitlich sinnvoll, um auch bei Uniwechsel einen automatischen Krankheitsschutz zu gewährleisten.

6. Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen ist also notwendig. Sie ist durchaus möglich, weil andere Hochschulen bezüglich ihrer SKV vor den gleichen Problemen stehen.

● Wohnraumnot

1. Der Mangel an Studentenzimmern in Freiburg ist katastrophal, die Preise sind nicht mehr zu bezahlen.

2. Zusätzliche Anreize für Privatvermieter, neue Studentenzimmer auszubauen, müssen geschaffen werden, z. Bsp.:
   - gezielte Information über günstige Darlehnsbedingungen beim Ausbau von Studentenzimmern.
   - weitere unterstützende finanzielle Maßnahmen des Staates

3. Die stud. Zimmervermittlung muß entschieden verbessert werden. So müssen z. Bsp. vom Studentenwerkangewiesene Zimmer auch wirklich frei sein; die Adressen bereits vergebener Zimmer müssen gestrichen werden.

4. Hauptziel stud. Politik bezüglich der Wohnraumnot muß der Bau neuer Wohnheime sein. Folgende Gesichtspunkte sind hierbei besonders zu berücksichtigen:
   - Die Wohnheime dürfen keine Studentenghettos werden (Studentensiedlung).
   - Der Wohnheimbau muß in den sozialen Städtebauplan integriert werden.
   - Die Entfernung zwischen Studienplatz und Wohnheim muß tragbar sein und in die Planung der öffentlichen Verkehrsbetriebe einbezogen werden.

5. Die Möglichkeiten der staatl. Mietbeihilfen müssen stärker publiziert werden (so kann z. Bsp. ein Vollhonnefempfänger erhebliche Mietzuschüsse erhalten.)

● Mensa

1. Die jetzige Mensa ist für den Bedarf der Freiburger Studentenschaft völlig unzureichend.

2. Der Bau der neuen Mensa muß in verstärktem Maße forciert werden.

3. Die Schließung der Mensa während eines ganzen Monats (August) ist untragbar. Die Mensa muß den Studenten das ganze Jahr hindurch zur Verfügung stehen, und wenn sie während einiger Ferienmonate mit halber Belegschaft arbeitet.

4. Die Hälfte der Stammessen sollte als Wochenabonnements verkauft werden, um die lange Wartezeit vor den Automaten zu verhindern.

5. Es müssen zusätzliche (funktionierende!) Wechselautomaten in der Mensa, im KG II und in den Instituten aufgestellt werden.

Diese "Kleinigkeiten" lassen sich ohne große Schwierigkeiten lösen. Man darf sie nur nicht über der "großen" Politik vergessen.

Über die Vorstellungen bezüglich der Durchführung ihres Programms hat die DM in der offiziellen Wahlzeitung ausführlich Stellung genommen.

Die DM legt mit diesem Programm eine klare und sachliche Alternative zum SDS und seinen Basisgruppen vor. Sie versteht sich auch nicht, wie etwa der Kaktus, als "sozialistischer Kampfverband". Und ganz bestimmt ist die DM nicht der verlängerte Arm einer Partei auf Hochschulebene.

Wählen Sie die Demokratische Mitte, wählen Sie dieses Programm und die Studenten, die es durchsetzen wollen und können.